



Quelle: Helge Krückeberg

IG BCE-KONGRESS MARKENKERN SOZIALPARTNERSCHAFT

Klimaneutrale Produktion, Digitalisierung, demografischer Wandel – all das kann der Staat nicht alleine stemmen. Ein Land im Umbruch braucht Sozialpartner, die zuverlässig, pragmatisch und zukunftsorientiert handeln. Daher ist es ein gutes Signal für die chemische und pharmazeutische Industrie, dass die IG BCE personell und programmatisch auf Kontinuität setzt: Auf dem Gewerkschaftskongress Ende Oktober in Hannover wurde der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis mit 97,4 Prozent der Stimmen ebenso eindrucksvoll bestätigt wie der politische Kurs der IG BCE als Stimme der Vernunft im DGB.

Chemie-Sozialpartner mit gemeinsamen Zielen ...

Diesem Anspruch wird die Chemie-Gewerkschaft vor allem gerecht, indem sie sich frühzeitig auf neue Herausforderungen einstellt und aktiv an Lösungen für die Chemie im Umbruch arbeitet. Die IG BCE versteht sich selbst als gestaltende Kraft in diesem „Veränderungsjahrzehnt“. Arbeitgeber und Gewerkschaft in unserer Branche verfolgen damit ein gemeinsames Ziel: Wir wollen so viel Industrie und damit so viele Arbeitsplätze wie möglich am Standort Deutschland zukunftsfest machen. Der Umbruch unserer Branche liegt nicht vor uns, wir stecken mittendrin. Wir packen ihn an in kleinen, mittleren und großen Unternehmen.

Ein gemeinsames Ziel aus unterschiedlichen Interessenlagen zu erreichen, ist die hohe Kunst der Sozialpartnerschaft. Die IG BCE vertritt die Interessen ihrer Mitglieder, der Beschäftigten, während die Arbeitgeberverbände die Interessen der Unternehmen vertreten. Für den Ausgleich der Interessen braucht es Dialog, Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft.

... und unterschiedlichen Interessen

In Zeiten des Umbruchs sind neue Konfliktlinien mehr als wahrscheinlich. Entscheidend ist, wie diese Konflikte ausgetragen werden: Die Chemie-Arbeitgeber stehen für Sozialpartnerschaft als Markenkern unserer Industrie. Auch die IG BCE hat diesen Kurs in Hannover bestätigt. Beide Sozialpartner sind sich bewusst, dass die Verteilungsfrage durch den Strukturwandel künftig neu gestellt wird: Es wird weniger darum gehen, Zugewinne zu verteilen. Viel stärker dürfte in Zukunft im Fokus stehen, die Lasten des Umbruchs gemeinsam zu tragen.

"WIR WOLLEN SO VIEL INDUSTRIE WIE MÖGLICH AM STANDORT DEUTSCHLAND ZUKUNFTSFEST MACHEN."

Klaus-Peter Stiller
BAVC-Hauptgeschäftsführer

**CHEMIE IM UMBRUCH:
AUS DER BALANCE**

Seite 3



**CHEMIE-ARBEITSKOSTEN
INTERNATIONAL**

Seite 4



LÖHNE, PREISE, ARBEITSKOSTEN

Seit Monaten ist die Entwicklung der Verbraucherpreise in aller Munde. Der Weg aus der Wirtschaftskrise während der Corona-Pandemie scheint mit hohen Inflationsraten und einer gefühlten Geldentwertung einherzugehen. Experten erwarten jedoch, dass diese Entwicklung, die von unterschiedlichen Ursachen getrieben wird, schnell wieder abflauen wird (mehr dazu: Seite 5). Davon abgesehen lohnt zur Einordnung der Entwicklung ein Blick auf die mittel- und längerfristige Entwicklung der Preise im Verhältnis zu den Tarifeinkommen (aus Sicht der Beschäftigten) bzw. den Arbeitskosten (aus Sicht der Unternehmen).

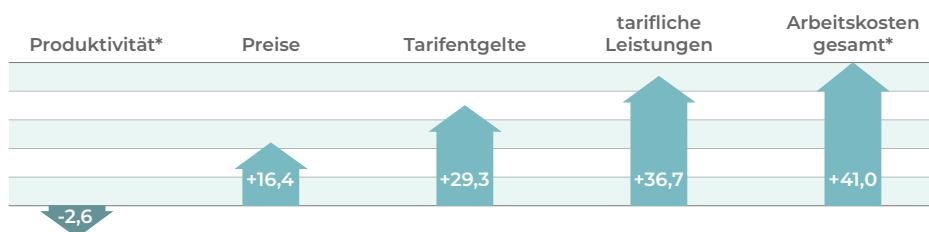
Verteilungsspielräume ausgereizt

Seit Beginn des vergangenen Jahrzehnts sind die Preise in Deutschland um insgesamt 16,4 Prozent gestiegen. Die aktuellsten Werte bis zum September 2021 sind in dieser Berechnung enthalten. Der Anstieg lag damit in Summe weit unter der Zielmarke von 2 Prozent pro Jahr, die von den Zentralbanken in Europa für eine stabile Wirtschaftsentwicklung angestrebt werden.

Im selben Zeitraum sind die reinen Tabellenentgelte in der chemisch-pharmazeutischen Industrie hingegen um über 29 Prozent geklettert. Das sind die Brutto-Löhne und -Gehälter, die den Beschäftigten jeden Monat von den Unternehmen ausgezahlt werden. Die gesamten tariflichen Leistungen stiegen sogar um 36,7 Prozent und somit mehr als doppelt so schnell wie die Preise. In diesem Wert sind auch neue Einmal- oder Sonderzahlungen wie der so genannte Zukunftsbetrag bzw. Erhöhungen der bestehenden Zahlungen wie beim zusätzlichen Urlaubsgeld, der Jahresleistung oder dem Demografiebetrag enthalten. Aus Sicht der Unternehmen sind die Arbeitskosten je Beschäftigten eine noch entscheidendere Größe. Hier fließen auch die Entwicklung der Sozialabgaben, die übertarifliche Bezahlung oder Aufwendungen für Weiterbildung und Qualifizierung mit ein. Und dieser Betrag erhöhte sich seit 2010 sogar um 41 Prozent.

Gleichzeitig gab es keinen nachhaltigen Anstieg der Arbeitsproduktivität in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Im Gegenteil: Diese liegt im bisherigen Jahr 2021 um über 2 Prozent niedriger als im Jahr 2010. Während die Summe der produzierten Waren der Branche im letzten Jahrzehnt unter dem Strich nur mäßig wuchs, haben die Unternehmen ihre Belegschaften kräftig ausgeweitet. Die in den letzten Jahren in Summe bestehenden Verteilungsspielräume in der Branche wurden von der Entgeltentwicklung damit bereits mehr als ausgereizt – und die Steigerungen der Verbraucherpreise einschließlich der aktuellsten Entwicklungen weit überkompensiert. Die Beschäftigten konnten kräftige Realeinkommensgewinne verbuchen.

Entwicklung Chemie-Pharma seit 2010
Veränderungen in Prozent



Quelle: BAVC, Chemdata, Statistisches Bundesamt, IW Köln / *je Beschäftigten

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

Autor: Lutz Mühl



CHEMIE IM UMBRUCH AUS DER BALANCE

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Treiber sind insbesondere die Entwicklung hin zur klimaneutralen Produktion, die Digitalisierung und der demografische Wandel. Darüber hinaus setzen EU-Chemikalienpolitik und Kreislaufwirtschaft gerade die chemische Industrie massiv unter Druck. Die wichtigsten Entwicklungen im Überblick:

Klimaschutz: Die Transformation zur treibhausgasneutralen Produktion ist ohne Alternative, wenn die chemische Industrie in Deutschland eine Zukunft haben will. Für eine klimaneutrale Produktion braucht unsere Branche mehr als 600 TWh Grünstrom pro Jahr – das ist mehr als der jährliche Stromverbrauch in Deutschland insgesamt. Während der Druck auf die Industrie durch Kunden, Staat und Gesellschaft immer weiter zunimmt, kommt der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netzinfrastruktur und der Wasserstoffwirtschaft kaum vom Fleck. Führend ist Deutschland vor allem beim Strompreis.

EU-Chemikalienpolitik: Die Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie als Teil des Green Deals in jetziger Form hätte dramatische Auswirkungen auf unsere Industrie, aber auch auf ganze Wertschöpfungsketten in Europa – vor allem, wenn Stoffe und Stoffgruppen im Zuge der Neuregelung verboten würden. Bereits jetzt gefährdet der Verlust von Planungssicherheit für die Betriebe Investitionen und Wertschöpfung in Deutschland.

Kreislaufwirtschaft: Die chemische Industrie in Deutschland geht neue Wege, um bis spätestens 2050 treibhausgasneutral zu sein. Dazu werden der Ausbau des Recyclings und der Einsatz alternativer Rohstoffe vorangetrieben. Zirkuläre Wirtschaft schließt alle Maßnahmen ein, die zu mehr Ressourceneffizienz führen. Auf Kreislaufwirtschaft basierende Geschäftsmodelle benötigen andere Methoden und Verfahren als wir sie heute haben.

Digitalisierung: Digitale Technologien verändern Kundenanforderungen, Märkte und Wettbewerber rapide und disruptiv. Eine erfolgreiche Digitalisierung setzt umfangreiche Investitionen voraus in Prozesse, Anlagen, IT und in die Köpfe. Statt die digitale Transformation präventiv – und womöglich fehlgeleitet – zu regulieren, brauchen wir eine andere Herangehensweise: „Machen“, Monitoren und bei Bedarf Nachsteuern.

Demografischer Wandel: Die Folgen der demografischen Veränderung führen zu höheren Sozialausgaben, einer wachsenden Fachkräftelücke und steigenden Belastungen der Unternehmen zum Beispiel durch Altersfreizeiten. Diese Entwicklungen mindern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und tragen zum Anpassungsdruck auf Standort und Beschäftigung bei.

Autor: Sebastian Kautzky

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



„Der Umbruch unserer Branche liegt nicht vor uns, wir stecken mittendrin. Wir packen ihn an in großen Unternehmen wie auch im Mittelstand. Die hohe Geschwindigkeit der Veränderungen erzeugt einen ebenso hohen Anpassungsdruck auf Unternehmen und Beschäftigte. Wir richten unseren Fokus auf die Gestaltung des Wandels und setzen unsere Ressourcen für die Bewältigung der Veränderungen ein. Als Sozialpartner tragen wir die Verantwortung, diesen Prozess zu fördern – im Sinne von Standort und Beschäftigung.“

INTERNATIONALE ARBEITSKOSTEN

DEUTSCHLAND BLEIBT TEUER

Im internationalen Vergleich haben sich die Arbeitskosten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland im Jahr 2020 eher moderat entwickelt. Dennoch behält der heimische Standort seinen Platz in der Spitzengruppe der teuersten Wettbewerber. Dies zeigt eine Analyse des Bundesarbeitgeberverbands Chemie auf Basis von Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln).

Wie schon zuvor berichtet (Impuls 08-2021) waren die Kosten je Beschäftigtenstunde für die Branche im vergangenen Jahr in Deutschland mit 55,85 Euro leicht rückläufig. Ursache war neben den Auswirkungen der Corona-Pandemie vor allem der Einbruch der Industriekonjunktur in 2019, der zu deutlich niedrigeren Bonuszahlungen im Frühjahr 2020 geführt hatte.

Immer noch auf Platz 3

Außer in Deutschland sanken die Arbeitskosten 2020 für Chemie und Pharma unter den hier betrachteten Ländern – bei der Berechnung in Euro je Stunde – auch in Irland und Ungarn. Alle übrigen Länder verzeichneten im vergangenen Jahr eine weitere Verteuerung. Damit wurde der Abstand zwischen Deutschland und vielen Konkurrenzstandorten wie schon 2019 erneut etwas kleiner. Dennoch verbleibt die hiesige Industrie international unverändert auf dem dritten Platz hinter Dänemark und Belgien. Bei diesen beiden Ländern muss beachtet werden, dass Dänemark kein Mitglied der Eurozone ist und der Wert somit auch durch den Wechselkurs beeinflusst wird. Belgien hingegen verfügt über eine besondere Struktur der Branche, die dort von der wenig personalintensiven Petrochemie geprägt ist, die sehr hohe Umsätze je Beschäftigten erzielt.

Wichtige Wettbewerber der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie auf den Weltmärkten profitieren – das zeigt die Analyse der Daten für 2020 – weiterhin von deutlichen Vorteilen bei den Arbeitskosten. Dies gilt für die USA mit einem Kostenvorteil von 17 Prozent je Arbeitsstunde ebenso wie für Japan, dessen Wert sogar um 32 Prozent niedriger lag, wie auch für Großbritannien mit fast 40 Prozent niedrigeren Arbeitskosten je Stunde als in Deutschland.

Auch Betriebe in wichtigen Chemie-Standorten in der Eurozone, die also auf demselben Heimatmarkt aktiv sind und bei denen es keinen Einfluss durch Wechselkursbewegungen gibt, wie in Frankreich oder den Niederlanden (beide minus 5 Prozent), in Italien (minus 29 Prozent) und Spanien (minus 43 Prozent), müssen für eine Beschäftigtenstunde weiterhin deutlich weniger bezahlen.




















Weiter moderate Entwicklung notwendig

Die Bewertung der neuen Daten zeigt, dass sich die Arbeitskosten der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie weiterhin auf einem sehr hohen Niveau bewegen und im internationalen Wettbewerb ein Standort-Nachteil sind. Um die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Arbeitsplätze zu erhalten, ist somit auch in den kommenden Jahren eine moderate Entwicklung der Arbeitskosten unerlässlich. Dies gilt umso mehr angesichts der gewaltigen Investitionsbedarfe, denen die Unternehmen der Branche im Umbruch der kommenden Jahre hin zu einer klimaneutralen und auf Kreislaufwirtschaft ausgerichteten Produktion gegenüber stehen.

Autor: Lutz Mühl

DAS RANKING

Arbeitskosten in der Chemie- und Pharmaindustrie

Land	Arbeitskosten je Stunde in Euro in 2020	Steigerung ggü. 2019
	60,65	+ 2,2
	59,52	+ 1,7
	55,85	- 0,3
	53,19	+ 2,6
	53,09	+ 1,8
	51,37	+ 0,2
	49,64	- 1,3
	49,52	+ 2,2
	46,33	+ 3,4
	39,70	+ 3,1
	38,19	+ 0,6
	33,84	+ 1,6
	31,95	+ 4,1
	21,23	+ 7,9
	20,86	+ 2,0
	16,65	- 1,3
	16,02	+ 2,1
	14,88	+ 4,7
	13,20	+ 2,2

Quelle: BAVC, Berechnung IW Köln auf Basis Eurostat, Statistisches Bundesamt

HERBSTGUTACHTEN

GEDÄMPFTE ERWARTUNGEN

Mitte Oktober haben die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihr jährliches Herbstgutachten vorgelegt. Sie unterstreichen darin, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland weiterhin von der Corona-Pandemie gekennzeichnet ist. Zwar steige das Bruttoinlandsprodukt nach dem Abflauen der großen Infektionswellen seit dem Frühsommer, aber davon profitierten nur die konsumnahen Dienstleistungsbereiche. In der Industrie hingegen verhinderten die vielfältigen Lieferengpässe bei Vorprodukten ein Wachstum im Jahresverlauf 2021. Auch im kommenden Winterhalbjahr sei weiterhin mit einer nur gebremsten Erholung zu rechnen.

Wachstumsprognose deutlich reduziert

Während dieselben Institute im Frühjahr für das Jahr 2021 noch ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent erwartet hatten, mussten sie, bedingt durch die ausgebreitete Erholung der Industrie, ihre Prognose nun ungewöhnlich deutlich auf 2,4 Prozent reduzieren. Ein weiteres Wachstum wird nun erst für den späteren Jahresverlauf 2022 erhofft. Dies steht aber unter der Bedingung, dass die Störungen in den Lieferketten der Industrie bis dahin tatsächlich behoben sind.

Inflationserwartung rückläufig

Mit Blick auf die Verbraucherpreise kommen die Wirtschafts-Experten zu dem Schluss, dass die aktuellen Steigerungsraten weitgehend durch die höheren Rohstoffpreise bedingt sind. Bei der so genannten „Kernrate“, der Inflation für die Güter des täglichen Bedarfs, sei der Preisauftrieb hingegen moderat. Der Impuls durch die Rohstoffpreise werde im Jahresverlauf 2022 voraussichtlich auslaufen und somit auch die Inflationsrate im kommenden Jahr wieder rückläufig sein. In Summe wird für 2022 noch eine Preissteigerung von 2,5 Prozent und von nur noch 1,7 Prozent in 2023 erwartet. Allerdings sieht das Gutachten durchaus die Gefahr einer Verstärkung oder sogar Steigerung der inflationären Tendenzen. Dies könne dann eintreten, wenn es in Folge steigender Konsumausgaben – etwa durch das Auflösen von während der Krise gebildeten Ersparnissen – und der in Teilen drohenden Engpass-Situation am Arbeitsmarkt zu überhöhten Lohnsteigerungen komme.

Umbruch erfordert Konsumverzicht

Die Experten der Institute äußern sich auch zu den mittelfristigen Perspektiven der Wohlstands-, Einkommens- und Konsumententwicklung in Deutschland. Das deutsche Produktionspotenzial, also der maximal zu erwirtschaftende Wohlstand bei guter Konjunkturentwicklung, wird demnach in den kommenden Jahren deutlich langsamer wachsen als bisher. Zum einen, weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgehe, und zum anderen, weil Teile des so genannten gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks – der Summe aller Anlagen, Fabriken und der Infrastruktur – im Zuge der Dekarbonisierung obsolet würden und ihren Wert verlören.

Die Konsummöglichkeiten je Einwohner würden dabei gleich von zwei Seiten unter Druck geraten: Weniger Erwerbstätige müssen das Einkommen erwirtschaften und ein größerer Teil des Einkommens als zuvor muss investiert werden, um CO₂-Emissionen zu senken. Daher verringerten sich auf absehbare Zeit die Konsummöglichkeiten. Nur durch gegenwärtigen Einkommens- und Konsumverzicht, so das Gutachten, wird es möglich sein, die gesellschaftlichen Ziele zum Beispiel im Klimaschutz zu erreichen.

Autor: Lutz Mühl

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

LINKTIPP

Die Langfassung des Gutachtens können Sie hier herunterladen

[gemeinschaftsdiagnose.de](https://www.gemeinschaftsdiagnose.de)

Quelle: Shutterstock 493966213

CHEMIE³-BRANCHENSTANDARD FÜR NACHHALTIGE WERTSCHÖPFUNG

Die Wahrung von Menschenrechten in Liefer- und Wertschöpfungsketten ist Gegenstand zahlreicher nationaler sowie transnationaler Vorschriften. Der Regulierungsdruck ist aktuell so hoch wie nie zuvor. Gleichzeitig steigt der Druck auf Unternehmen nicht nur von gesetzgeberischer Seite, sondern auch von Kunden, Vertragspartnern, Nichtregierungsorganisationen und der Öffentlichkeit. Über die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ gehen wir diese Herausforderung proaktiv an.

Befähigung von Unternehmen im Vordergrund

Der Chemie³-Branchenstandard für nachhaltige Wertschöpfung, den BAVC, IG BCE und VCI gemeinsam entwickeln werden, soll nicht nur Ziele definieren und geeignete Maßnahmen vorschlagen, sondern vor allem mit Tools die Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Lieferketten erleichtern. Durch den Branchenstandard sollen Unternehmen befähigt werden, ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen und Handlungssicherheit erhalten.

Die chemische Industrie übernimmt seit Jahren Verantwortung und arbeitet bereits seit Längerem konsequent an einem nachhaltigeren Lieferkettenmanagement. Gegenwärtig benötigen viele Unternehmen der Branche insbesondere Unterstützung bei der Erfüllung von Dokumentations- und Berichtspflichten sowie zusätzliche Expertise und Ideen für Managementsysteme. Hier soll der Branchenstandard die Unternehmen mit Tools und Vorlagen bei der Wahrung von Menschenrechten in der Lieferkette unterstützen.

Entwicklung nach dem Baukasten-Prinzip

Damit Unternehmen möglichst frühzeitig bei der Umsetzung der komplexen und oft vagen gesetzlichen Vorgaben unterstützt werden können, werden die einzelnen Elemente des Branchenstandards Schritt für Schritt entwickelt und nach dem Baukasten-Prinzip „ausgeliefert“: Sobald ein Tool fertig ist, wird es den Unternehmen zur Verfügung gestellt. Als erstes werden Unternehmen Hilfestellungen rund um die menschenrechtliche Grundsatzerklärung sowie Self-Assessment Tools zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte erhalten.

Begleitet wird die Entwicklung der Tools von den „Werkstattgesprächen“. Diese Reihe findet in Webinar-Form statt und wird von Chemie³ zusammen mit der Menschenrechtsberatung Löning Human Rights and Responsible Business durchgeführt, die die gesamte Entwicklung des Chemie³-Branchenstandards begleitet.

Autorin: Mechthild Bachmann

KONTAKT



MECHTHILD BACHMANN

Nachhaltigkeit, Innovation

mechthild.bachmann@bavc.de

MITMACHEN

Das erste „Werkstattgespräch“ findet am 9. November statt. Mitglieder der Allianzpartner von Chemie³ können sich hierbei informieren und ihre Fragen in Sachen Menschenrechte in der Lieferkette stellen.



Quelle: Pixabay 2039482

CORONA SICHER DURCH DIE PANDEMIE

COVID-19 hat nicht nur Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch auf das Unfall- und Berufskrankheiten-Geschehen. Dies belegen die für 2020 veröffentlichten Zahlen der Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Den Rückgängen im Unfallgeschehen steht ein starker Anstieg im Bereich der Berufskrankheiten gegenüber; verglichen mit dem Jahr 2019 haben sich die Zahlen verdoppelt.

Chemie-Branche mit hohem Arbeits- und Infektionsschutz

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitsunfälle für die gewerbliche Wirtschaft 2020 von 23,5 Arbeitsunfällen auf 21,2 je 1.000 Vollarbeiter gesunken. Laut Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemische Industrie (BG RCI) waren es in der Chemie-Industrie mit 13,8 Arbeitsunfällen auf 1.000 Vollarbeiter (2019: 15,6) deutlich weniger. Hingegen wurden im Jahr 2020 37.181 Fälle als Berufskrankheit über alle Branchen anerkannt, davon 769 Fälle in der chemischen Industrie. Damit wurden die Werte des Vorjahres deutlich überschritten (2019: 18.156 bzw. 578 anerkannte Fälle). Allein 18.969 Fälle waren 2020 auf Infektionskrankheiten zurückzuführen. Bei der BG RCI gab es hier nur einen anerkannten Fall auf 17 Anzeigen.

Die Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als Berufskrankheit erfolgt nur dann, wenn eine Person infolge ihrer versicherten Tätigkeit der Infektionsgefahr – die das allgemeine Lebensrisiko überschreitet – ausgesetzt ist und sich mit SARS-CoV-2 infiziert (z.B. im Gesundheitsdienst, in Wohlfahrtspflege oder Laboratorium). Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kann die Corona-Erkrankung einen Arbeitsunfall darstellen. Dazu muss die Infektion auf eine nachweislich mit dem Virus infizierte Person im beruflichen Kontext zurückzuführen sein.

Unterstützung durch die Berufsgenossenschaft

Zur Unterstützung ihrer Mitgliedsbetriebe hat die rein arbeitgeberseitig finanzierte BG RCI zahlreiche Arbeitshilfen entwickelt. So wurde bereits im März 2020 ein Themenbereich rund um SARS-CoV-2 auf ihrer Website eingerichtet, der stets die aktuellen Informationen bereit hält und den Mitgliedsunternehmen praxisnahe Hilfestellungen an die Hand gibt. Außerdem werden im Download-Bereich Best-Practice-Beispiele aus Mitgliedsunternehmen gesammelt, um vorbildliche Lösungen für den Infektionsschutz an andere weiterzugeben. Des Weiteren wurden frühzeitig verschiedene Plakatserien zum Thema Infektionsschutz, Merkblätter und Checklisten zur Verfügung gestellt. Ein Überblick findet sich im Jahresbericht 2020 der BG RCI.

Autorin: Johanna Schönrok-Kuczynski

KONTAKT



JOHANNA SCHÖNROK-KUCZYNSKI

Demografie- und Gesundheitsmanagement,
Arbeits- und Gesundheitsschutz

johanna.schoenrok-kuczynski@bavc.de

LINKTIPP

Ausführliche Informationen zum Unfall- und Berufskrankheiten-Geschehen sowie über die Initiativen der BG RCI finden Sie hier

[bgrci.de](https://www.bgrci.de)

Quelle: Shutterstock 330165086

KOALITIONSVERHANDLUNGEN DÉJÀ-VU BEI SACHGRUNDLOSER BEFRISTUNG

Nach der Bundestagswahl laufen nun die Koalitionsverhandlungen für eine Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen. In den Wahlprogrammen der Koalitionäre findet sich unter anderem zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung eine Schnittmenge bei SPD und Grünen.

Das von der SPD geführte Arbeitsministerium hat in der vergangenen Legislaturperiode zur Einschränkung der Befristung ohne Sachgrund mehr als einen Referentenentwurf präsentiert. Der bisherige Koalitionspartner CDU/CSU widersetzte sich aus guten Gründen. Dennoch bleibt die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ein emotionales Lieblingsthema der SPD.

Dauerbrenner linker Politik

Die immer wieder genannten Gründe gegen die sachgrundlose Befristung überzeugen aber auch nach Wiederholung nicht. Der Wunsch eines Arbeitnehmers nach Sicherheit der Existenz, so das Wahlprogramm der SPD, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings setzt eine solche Sicherheit nicht im ersten Schritt ein unbefristetes Arbeitsverhältnis voraus. Jedes Arbeitsverhältnis, ob befristet oder unbefristet, sichert die Existenz. Zudem ist befristete Beschäftigung in vielen Fällen ein Sprungbrett in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis.

Unternehmen haben Gründe für sachgrundlose Befristungen. Diese können etwa in einer unsicheren Produktionserwartung aufgrund der Corona-Pandemie liegen. Schwankende Auftragslagen sind für die Industrie, anders als im öffentlichen Sektor, nach geltendem Recht jedoch keine ausreichende Begründung, ein befristetes Arbeitsverhältnis zu schließen. Vor die Wahl gestellt, in dieser unsicheren Situation ein unbefristetes Arbeitsverhältnis abzuschließen oder auf eine Einstellung zu verzichten, werden Unternehmen oftmals die sichere Variante wählen und keinen Arbeitsplatz schaffen.

BAVC fordert mehr Spielraum für die Sozialpartner

Statt immer wieder die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung zu fordern, sollte die Politik mehr Flexibilität im Arbeitsrecht ermöglichen. Tariföffnungsklauseln, mit denen das Recht der befristeten Arbeit weiter ausgestaltet wird, würden Flexibilität bieten und zugleich die Tarifautonomie stärken. Das gilt sowohl für die tarifliche Gestaltung von Sachgründen in einer Branche als auch für den Erhalt der Möglichkeit, sachgrundlose Befristungen länger als zwei Jahre zu nutzen.

Autorin: Petra Lindemann

KONTAKT



PETRA LINDEMANN

Geschäftsführerin
Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt
petra.lindemann@bavc.de